

BRH-AKTUELL

Herausgeber: Seniorenverband BRH
- Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im DBB -
Tel.: 0 61 31/22 33 71, Fax: 0 61 31/22 56 25, E-Mail: post@brh.de,
Internet: www.brh.de

Redaktion: Heinrich Kroner

Nr. 08/2012

12.03.2012

- 01 Einkommensrunde 2012: Russ: 6,5 Prozent mehr Lohn sind realistisch und notwendig**
- 02 Einkommensrunde 2012: Blockade der Arbeitgeber**
- 03 Umfrage: So wenig Rente bleibt den Deutschen**
- 04 Experte kritisiert Dämmzwang für Wohnhäuser**
- 05 Ratenkredit-Kündigung: Das müssen Sie beachten**
- 06 Braunkohle feiert schmutziges Comeback**
- 07 Kein Grundrecht auf Erektion**

- 01 Einkommensrunde 2012: Russ: 6,5 Prozent mehr Lohn sind realistisch und notwendig**

„Was in der ersten Verhandlungsrunde passiert ist, war ein Rückfall in alte Verhaltensmuster. Kein Angebot! Stattdessen die seit Jahren immer wieder gehörte Rhetorik der leeren Kassen und einer schweren wirtschaftlichen Lage. Das stimmt, die wirtschaftliche Lage hat sich verschlechtert. Sie hat sich vor allem für Euch verschlechtert, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes“, stellte Willi Russ, der 2. Vorsitzende der dbb tarifunion, bei der anschließenden Kundgebung im Zentrum von Salzgitter klar.

„Die Verbraucherpreise werden in diesem Jahr um fast zwei Prozent steigen. Gleichzeitig haben in den letzten zehn Jahren die durchschnittlichen Bruttoerwerbseinkommen um 7,4 Prozent abgenommen. Inflation und steigende Lebenshaltungskosten schmälern die Einkommen. Die Tarifabschlüsse der letzten Jahre sind schon lange aufgezehrt!“ Russ nannte die gewerkschaftliche Forderung realistisch und notwendig: „Jetzt geht es um unsere Haushaltskassen! 6,5 Prozent oder 200 Euro mehr

sind fair! Dafür stehen wir hier heute und dafür kämpfen wir! Den Arbeitgebern muss bis zur nächsten Verhandlungsrunde Mitte März klar werden: Wir wollen ein Angebot, über das sich verhandeln lässt!"

Hintergrund:

Am 1. März 2012 haben die Verhandlungen für mehr als zwei Millionen Beschäftigte der Kommunen und des Bundes in Potsdam begonnen. Der dbb fordert eine lineare Erhöhung der Tabellenentgelte um 6,5 Prozent, jedoch mindestens 200 Euro mehr für die Beschäftigten. Auszubildende sollen übernommen und ihre Vergütung um 100 Euro angehoben werden.

(Quelle: dbb)

02 Einkommensrunde 2012: Blockade der Arbeitgeber

Nachdem die öffentlichen Arbeitgeber in der ersten Verhandlungsrunde am 1. März 2012 in Potsdam kein Angebot vorgelegt hatten, formiert sich jetzt der Widerstand der Beschäftigten in Bund und Kommunen. Der dbb beamtenbund und tarifunion hat seine Mitglieder bundesweit zu ganztägigen Warnstreiks aufgerufen. „Diese Blockade ist völlig inakzeptabel“, erklärte dbb Verhandlungsführer Frank Stöhr. „Die Arbeitgeber hatten drei lange Wochen Zeit, sich über ihre Position und ein Verhandlungsangebot zu verständigen. Die Geduld der Beschäftigten wird überstrapaziert. Ihr Unmut wird sich auf der Straße zeigen!“

Im Rahmen des ganztägigen Warnstreiks demonstrierten am 5. März 2012 mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen der von der Einkommensrunde betroffenen dbb Mitgliedsgewerkschaften auf dem Bahnhofsvorplatz in Fulda. „Die Verbraucherpreise werden in diesem Jahr um fast zwei Prozent steigen. Gleichzeitig haben die durchschnittlichen Bruttoerwerbseinkommen in den vergangenen zehn Jahren um 7,4 Prozent abgenommen. Inflation und steigende Lebenshaltungskosten schmälern die Einkommen. Die Tarifabschlüsse der letzten Jahre sind schon lange aufgezehrt!“

Silberbach forderte die Arbeitgeber auf, der Arbeit der Kolleginnen und Kollegen mehr Respekt entgegenzubringen und zur nächsten Verhandlungsrunde am 12. März endlich ein vernünftiges Angebot vorzulegen.

Frank Stöhr, 1. Vorsitzender dbb tarifunion, hat im Interview mit der Rheinischen Post (Ausgabe vom 7. März 2012) die Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst kritisiert. „Wir haben in den letzten Jahren Reallohnverluste von über sieben Prozent zu beklagen“, sagte Stöhr. „Dafür müssen wir einen Ausgleich schaffen – jetzt!“ Die Steuereinnahmen der Kommunen seien in den letzten zwei Jahren von 70 auf 80 Milliarden Euro gestiegen, für das nächste Jahr sei sogar noch mehr zu erwarten. Es gäbe also durchaus positive Entwicklungen. „Die sind vor allem der Leistungsbereit-

schaft und dem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verdanken", so Stöhr. Es werde keiner Gemeinde nutzen, die eigenen Beschäftigten zu demotivieren.

Eine höhere Bezahlung sei außerdem wichtig, um mit der privaten Wirtschaft konkurrieren zu können. Stöhr: „Darauf zielt unsere Forderung von 6,5 Prozent, mindestens aber 200 Euro mehr. Schon heute bekommen die Bürger schmerzlich zu spüren, dass in einigen Bereichen fachlich versiertes Personal fehlt. Trotzdem gehen die Stellenstreichungen weiter – eine Katastrophe.“ Angesichts des Fachkräftemangels gelte es zudem, jungen Menschen durch Übernahme nach der Ausbildung eine Perspektive im öffentlichen Dienst zu geben.

(Quelle: dbb)

03 Umfrage: So wenig Rente bleibt den Deutschen

Rund die Hälfte der Deutschen erwartet im Alter eine gesetzliche Rente von unter 50 Prozent ihres heutigen Einkommens. Knapp jeder Fünfte rechnet sogar mit weniger als 30 Prozent. Dies ist das alarmierende Ergebnis einer Umfrage der Fondsgesellschaft Union Investment zur Altersvorsorge im ersten Quartal 2012.

69 Prozent der Befragten sehen die Notwendigkeit, für den Ruhestand zu sparen. Bei der Gruppe der 20- bis 29-Jährigen sei die Zustimmung mit 74 Prozent besonders hoch.

Gefragt nach der Höhe ihres monatlichen Sparbeitrags für die private Altersvorsorge gaben 80 Prozent an, mehr als 100 Euro zurückzulegen. 42 Prozent der Menschen nutzten dabei eine Riester-Rente, wobei die 20- bis 29-Jährigen mit 36 Prozent unter dem Durchschnitt lagen. Die übrigen 58 Prozent griffen laut der Umfrage auf andere Produkte für ein zusätzliches Einkommen im Alter zurück. Mit 64 Prozent stehen dabei Lebens- bzw. Renten-Versicherungen an erster Stelle.

"Während eine private Rentenversicherung für die Altersvorsorge sicherlich sinnvoll sein kann, sieht es bei einer Lebensversicherung wegen der fehlenden Verrentung schon deutlich anders aus", sagte Erling. Denn bei dieser bekomme man zu einem bestimmten Zeitpunkt, beispielsweise dem Rentenbeginn, auf einen Schlag den ganzen Sparbeitrag ausgezahlt. Man müsse das Geld dann gut anlegen und sehr diszipliniert damit umgehen, um eine möglichst lange Zusatzrente daraus zu bekommen.

An zweiter Stelle (63 Prozent) lag die selbstgenutzte Immobilie als Altersvorsorge, gefolgt vom Sparbuch mit 39 Prozent. Ein Sparbuch sollte jedoch nicht erste Wahl bei der Altersvorsorge sein, meinte Erling. Denn Spareinlagen seien dafür gedacht, kurzfristig Geld zu parken und hätten eine entsprechend niedrige Verzinsung. Als vierthäufigste Alternative zu einer Riester-Rente wurden von 37 Prozent Investmentfonds genannt. Danach kamen mit 36 Prozent Bausparverträge.

(Quelle: Thinkstock)

04 Experte kritisiert Dämmzwang für Wohnhäuser

Ein Herzstück des Atomausstiegs war die energetische Sanierung von Wohnhäusern. Doch der damit geschaffene Zwang, sein Wohnhaus zu dämmen, stößt nicht überall auf Zustimmung. Helge Beck, Referent für Umweltschutz der Sparkasse Frankfurt, kritisierte den mit dem Atomausstieg geschaffenen Dämmzwang für Wohnhäuser: "Ich halte da gar nichts von".

Unsachgemäßes Vorgehen beim Dämmen beeinträchtigt erheblich die sogenannte Atmungsfähigkeit des Hauses. Das könne zu starker Schimmelbildung in den Hauswänden führen. Häuser kann man sogar so dicht abschließen, dass man im Sommer heizen müsse, um eine angenehme Raumtemperatur zu erreichen. Dieser Kühschrank-Effekt ergibt sich bei unsachgemäßer Verwendung von Styropor-Dämmplatten. Geraten die Styroporplatten bei einem Hausbrand in Feuer, könnten sogar giftige Dämpfe entstehen. Styroporplatten würden aber häufig verwendet, weil sie billig seien. Da die Dämmplatten aus Erdöl hergestellt werden, sind sie schwer zu entsorgen. Baubiologen rieten dagegen zu umweltfreundlichen Alternativdämmstoffen wie Holzfasern, Hanf oder Flachs.

Die Gebäudesanierung gilt als ein Herzstück der Energiewende, weil sich durch das Dämmen von Wänden und Dächern sowie den Austausch zugiger Fenster und alter Heizkessel bis zu 70 Prozent an Energie einsparen lässt. 40 Prozent der Energie wird in Gebäuden verbraucht, daher sind Sanierungen wichtig, um beim Energiesparen voranzukommen.

Von den 18 Millionen Gebäuden in Deutschland wurden fast 13 Millionen vor 1979 gebaut, also vor der ersten Wärmeschutzverordnung. Rund 70 Prozent dieser Gebäude haben nach Berechnungen der Deutschen Energie Agentur (dena) keine Dämmung.

(Quelle: t-online)

05 Ratenkredit-Kündigung: Das müssen Sie beachten

Der Ratenkredit bleibt eines der wichtigsten Produkte zur Finanzierung von Konsumartikeln. Doch was ist, wenn sich die finanzielle Situation ändert und die Verbraucher den Kredit kündigen möchten? Das ist in der Regel möglich, in manchen Fällen müssen Kreditnehmer dabei aber eine Kündigungsfrist in Kauf nehmen, erklärt die Arbeitsgemeinschaft Bank- und Kapitalmarktrecht im Deutschen Anwaltverein (DAV).

Ausschlaggebend hierfür ist der Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung. Entscheidend ist das Datum ist den Angaben zufolge der 11. Juni 2010. An diesem Tag trat die neue Verbraucherkreditrichtlinie in Kraft. Wurde der Kreditvertrag nach diesem Zeitpunkt

abgeschlossen, darf der Ratenkredit jederzeit ganz oder teilweise zurückgezahlt werden.

Die Bank darf dann aber eine Entschädigung für die vorzeitige Rückzahlung berechnen, eine sogenannte Vorfälligkeitsentschädigung. Deren Höhe ist jedoch auf ein Prozent, bei einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr auf 0,5 Prozent des Rückzahlungsbetrags begrenzt.

Wurde der Ratenkredit noch vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes abgeschlossen, gilt das alte Recht. In diesem Fall darf die Bank auf einer Kündigungsfrist von drei Monaten bestehen, jedoch keine Vorfälligkeitsentschädigung verlangen. Teilrückzahlungen müssen vom Kreditgeber nicht akzeptiert werden.

(Quelle: Thinkstock)

06 Braunkohle feiert schmutziges Comeback

Es ist paradox: Mit der Energiewende ist zwar die Atomkraft auf dem Rückzug, dafür wird aber Deutschlands schmutzigster Rohstoff zum wichtigsten Stromlieferanten. Für die deutsche Klimabilanz ist der Trend verheerend.

Im vergangenen Jahr wurde rund ein Viertel des Stroms mit dem besonders klimaschädlichen Material erzeugt. Der Verbrauch legte um 3,3 Prozent zu. Damit war die Braunkohle Stromlieferant Nummer eins. Alle anderen Energieträger - bis auf die Erneuerbaren - brachen teils drastisch ein. Dies geht aus Daten der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (Ageb) hervor.

"Wir müssen begreifen, dass wir nicht aus Kernkraft und Kohlestrom gleichzeitig aussteigen können", sagte Claudia Kemfert, Energieexpertin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Greenpeace-Energieexperte Gerald Neubauer hingegen fordert einen Ausstieg bis 2030: "Aus klimapolitischer Sicht ist es fatal, dass ausgerechnet der klimaschädlichste Energieträger der größte Profiteur des Atomausstiegs ist."

Die Stromerzeuger rechnen mit einem anhaltend hohen Verbrauch. "Mit dem beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie gewinnt die Braunkohle an Bedeutung", sagte Hans-Wilhelm Schiffer, Chef der wissenschaftlichen Abteilung bei RWE. Der Konzern ist der größte Erzeuger von Braunkohlestrom in Deutschland. Nur er könne gleichzeitig die Versorgungssicherheit garantieren und wettbewerbsfähige Energieversorgung sichern, so Schiffer.

Braunkohlekraftwerke laufen, ähnlich wie Kernkraftwerke, quasi rund um die Uhr - mehr als 7000 Stunden pro Jahr. Solaranlagen können hingegen nur rund 900 Stunden jährlich Strom erzeugen. Zudem sind die Erzeugungskosten bei Braunkohle mit rund 4 Cent je Kilowattstunde vergleichsweise niedrig. Eine Kilowattstunde Strom,

die nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz ins Netz gespeist wird, bringt im Schnitt 18 Cent.

(Quelle: FTD)

07 Kein Grundrecht auf Erektion

Behinderte Männer haben keinen Anspruch auf die Kostenerstattung für Potenzmittel durch ihre gesetzlichen Krankenkassen. Das Bundessozialgericht (BSG) entschied, dass kein Verstoß gegen das Grundgesetz und die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung vorliege. Ein behinderter Mann hatte geklagt und sich auf das Grundgesetz und die UN-Konvention berufen.

Damit scheiterte die Klage eines 1961 geborenen Mannes, der an unheilbarer Multiplen Sklerose leidet. Die Behandlung der Erektionsstörung (erektile Dysfunktion) mit dem Mittel "Cialis" gehöre nicht zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), urteilte das Bundessozialgericht in Kassel.

Der behinderte Mann hatte auf ein Grundrecht auf Erektion gepocht und auf Artikel 3 des Grundgesetzes hingewiesen, nach dem niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf. Der Argumentation widersprachen die Sozialrichter. Weder das Diskriminierungsverbot noch das Verfassungsrecht ver helfe dem Kläger zum Erfolg. Nach Meinung des Senats dürfen solche Leistungen ausgeschlossen werden, bei denen eine Erhöhung der Lebensqualität im Vordergrund stehe. Dies gelte erst recht, wenn "die Übergänge zwischen krankhaften und nicht krankhaften Zuständen auch maßgeblich vom subjektiven Empfinden des einzelnen Versicherten abhängen können", urteilten die Kasseler Richter.

(Quelle: dpa)